

Vaduz, 18. November 2011

## **MEDIENMITTEILUNG**

### **FBP verlangt Einberufung des Koalitionsausschusses**

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) hat heute Vormittag beim Regierungschef schriftlich die Einberufung des Koalitionsausschusses beantragt. Dieser soll innerhalb der nächsten Tage stattfinden. Die FBP beantragt, folgende zwei Themen auf die Traktandenliste des Koalitionsausschusses zu setzen:

- a. Landesspital
- b. Regierungs- und Verwaltungsreform

Trotz Aufforderung von verschiedensten Seiten war der Regierungschef bis heute nicht bereit, Antworten auf die dringendsten Fragen hinsichtlich der Zukunft des Landesspitals zu geben. Bisher war vom Regierungschef unter Missachtung des Entscheids der Kollegialregierung und Verletzung des Koalitionsvertrages nur zu vernehmen, dass er gegen das von Gesundheitsministerin Renate Müssner vorgelegte Projekt zum Landesspital sei. Die FBP möchte nun von ihm wissen, wie er die Zukunft des Landesspitals bewertet und erwartet Antworten auf drei konkrete Fragen:

- a. Welchen Standort bevorzugt der Regierungschef?
- b. Soll das Spital weiterhin als Belegarzspital geführt werden oder bevorzugt er den Wechsel zum Chefarzt-Modell?
- c. Befürwortet der Regierungschef die Integration des Landesspitals in die Spitalregion 2 des Kantons St. Gallen?

In Bezug auf die Regierungs- und Verwaltungsreform teilte der Regierungschef der FBP mit, dass er uns erst nach Abschluss des internen Meinungsbildungsprozess einzubeziehen gedenkt. In einem Schreiben des FBP-Präsidenten an den Regierungschef verlangte die FBP, frühzeitig in den Meinungsbildungsprozess um die Regierungs- und Verwaltungsreform einbezogen zu werden. Dieses Schreiben blieb von Seiten des Regierungschefs bis heute unbeantwortet.

Für die FBP ist dieses Verhalten und Vorgehen des Regierungschefs nicht weiter tragbar, weshalb sie die umgehende Einberufung des Koalitionsausschusses fordert.